

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Der Deutsche Hauswirtschaftsrat ist ein Zusammenschluss von Akteuren in der Domäne Hauswirtschaft und übt für diese die politische Interessenvertretung aus. In dieser Funktion ist er Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft, Partner für die Institutionen der Berufsbildung sowie Partner für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Anlässlich der Bundestagswahl 2021 hat der Deutsche Hauswirtschaftsrat Wahlprüfsteine formuliert, welche die wichtigsten politischen Interessen des Verbandes widerspiegeln. Die angefragten Parteien haben dem Deutschen Hauswirtschaftsrat Ihre Positionen zu den jeweiligen Wahlprüfsteinen mitgeteilt. Eine Übersicht der Antworten zu jeweils einem Wahlprüfstein finden Sie auf den nächsten Seiten dieses Dokuments.

Wenn Sie unseren Newsletter erhalten möchten, dann können Sie sich hier anmelden: <https://hauswirtschaftsrat.de/newsletter/index.html>

### **Deutscher Hauswirtschaftsrat**

Charlottenstraße 16

10117 Berlin

Tel.: 0160 93391732






post@hauswirtschaftsrat.de

www.hauswirtschaftsrat.de

Präsidentin: Sigried Boldajipour

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg VR 35629 B







<p><b>Wahl- prüfstein I</b></p>	<p>Wir setzen uns für die <b>Einführung von Zuschüssen für haushaltsnahe Dienstleistungen</b> ein, um die Vereinbarkeit von Familie &amp; Beruf zu bekämpfen und damit gleichzeitig die weitverbreitete Schwarzarbeit im haushaltsnahen Umfeld zu bekämpfen.</p>
	<p>Wir werden durch eine besondere Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, älteren Menschen helfen, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu leben, Schwarzarbeit bekämpfen und den Personen, die bislang ohne Sozialversicherung in den privaten Haushalten arbeiten, eine Absicherung bei Arbeitsunfällen oder Krankheit geben. Diese Förderung soll so ausgerichtet sein, dass sie auch von Geringverdiener*innen in Anspruch genommen werden kann.</p>
	<p>Haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Erwerbstätigkeit. Oft ermöglichen sie gerade Müttern eine Vollzeitberufstätigkeit erst. Daher setzen sich CDU und CSU dafür ein, dass Familien diese Dienste zu angemessenen Konditionen und unbürokratisch in Anspruch nehmen können. Daher haben CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm festgelegt, dass wir die steuerliche Absetzbarkeit von familienbezogenen haushaltsnahen Dienstleistungen verbessern wollen. Dies trägt auch dazu bei, die Schwarzarbeit in diesem Sektor zu reduzieren und bedeutet für die häufig weiblichen Beschäftigten und ihre Familien die verdiente soziale Absicherung</p>
	<p>Wir GRÜNE wollen familienunterstützende Dienstleistungen besser fördern, z.B. für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Insbesondere Alleinerziehende brauchen ein flexibles Betreuungsangebot in Randzeiten, am Wochenende, in den Ferien und an KiTa-Schließtagen, aber auch im Krankheitsfall. Die Deckung dieser Betreuungsbedarfe ist eine besondere Herausforderung und gleichzeitig essenziell für die Ausübung zahlreicher Berufe. Gutscheine für haushaltsnahe Dienstleistungen und ergänzende Kinderbetreuung, die über die institutionelle Kinderbetreuung hinausgehen, könnten hier Abhilfe schaffen. Wir wollen Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführen und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Perspektiven der Menschen stärken, die haushaltsnahe Dienstleistungen ausüben. Wir wollen die Schwarzarbeit bekämpfen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und Menschen, die haushaltsnahe Dienstleistungen ausüben, gut absichern.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten wollen Familien und Alleinerziehende entlasten. Haushaltsnahe Dienstleistungen sind dabei von großer Bedeutung. Um eine Inanspruchnahme zu unterstützen, wollen wir die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen verbessern.</p>
	<p>Aus unserer Sicht wird eine Subventionierung von haushaltsnahen Dienstleistungen nicht zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen. Um die Vereinbarkeit zu verbessern, braucht es aus unserer Sicht andere Schritte wie z.B. mehr Arbeitszeitsouveränität für Beschäftigte. Die Arbeitsbedingungen müssen sich an den Bedürfnissen von Familien orientieren, nicht an den Profitinteressen der Unternehmen. Desweiteren wollen wir die Partnerschaftlichkeit bei Eltern stärken, indem beide Eltern einen Elternzeitananspruch von jeweils 12 Monaten erhalten, der nicht übertragbar ist. Außerdem fordern wir die Einführung eines Elternschutzes von zehn Tagen nach Geburt des Kindes, so dass beide Eltern in den ersten Tagen nach der Geburt Zeit mit dem Kind verbringen können.</p>

## **Warum setzt sich der Deutsche Hauswirtschaftsrat für die Einführung von Zuschüssen für haushaltsnahe Dienstleistungen ein?**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in Deutschland weiter verbessert werden. Für die Erbringung von Sorgearbeit wird in Deutschland ein erheblicher Gender Care Gap diagnostiziert: Frauen wenden deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit auf als Männer. Die Übernahme von Tätigkeiten im Haushalt, bei der Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen bringt jedoch insbesondere für Mütter aufgrund von häufiger Teilzeit und längeren beruflichen Auszeiten erhebliche Nachteile: Frauen im Alter von Mitte 30 werden ein um 62 % (West) bzw. 48 % (Ost) geringeres Lebenserwerbseinkommen (Gender Lifetime Earning Gap) als Männer erhalten (BMS 2020). Das führt schließlich zu einer deutlichen Rentenlücke (Gender Pension Gap). Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten Familien, insbesondere Frauen bei haushaltsnahen Aufgaben und verbessern somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gleichzeitig stellen Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen ein effektives Instrument zur Bekämpfung der weitverbreiteten Schwarzarbeit im Haushalt dar – dies zeigen andere EU-Länder, die derartige Förderinstrumente bereits nutzen (Enste 2019; Adema 2021). Der Anteil von rund 90 Prozent informeller Arbeitsverhältnisse in privaten Haushalten bedeuten für den deutschen Fiskus derzeit hingegen geschätzte 7,4 Mrd. Euro entgangener Wertschöpfung jährlich (Enste/Heldmann 2017). Die Zuschüsse können den haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungssektor stärken und so positive volkswirtschaftliche „Earn-Back-Effekte“ generieren: höhere Einkommen- und Umsatzsteuereinnahmen durch Bekämpfung der Schwarzarbeit, höhere Sozialabgaben durch legale Beschäftigung und mehr weibliche Fachkräfte für Unternehmen durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das Vorhaben, Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen einzuführen, findet sich bereits in der Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung (2020) und wurde von allen EU-Mitgliedsländern im Rahmen der EU-Ratschlussfolgerung 3367/20 gefordert.

<p><b>Wahl- prüfstein II</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein die <b>Bedeutung der Hauswirtschaft in der Gesundheitsvorsorge und -fürsorge</b> (z.B. für Kinder in der Vermittlung von Alltagskompetenzen und für ältere Menschen in der Förderung von Alltagskompetenzen) in Zukunft stärken.</p>
	<p>Gutes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen heißt vor allem auch: Gesundes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen. Basis dafür sind vor allem eine gute medizinische Versorgung und eine gesunde Ernährung. Tatsächlich haben wir es jedoch mit einem wachsenden Problem der „Ernährungsarmut“ zu tun - d.h. einer unausgewogenen Ernährung, die zu wenig wichtige Nährstoffe und zu viel Zucker und ungesunde Fette enthält. Auch hier gilt: Auf den Anfang kommt es an. Wir setzen daher in Kitas und Schulen auf Ernährungsumgebungen, die es für alle erleichtern, sich ausgewogen zu ernähren. Ernährungsbildung an Schulen ist gut, aber wenn die Schulverpflegung schlecht ist, bleibt sie graue Theorie. Wir wollen daher verpflichtende DGE-Standards für das Essen in allen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, Kantinen, Großküchen, KiTAs und Schulen, etc. Mensen und Kantinen sollten zudem freundlich und hell ausgestattet sein – denn auch die Umgebung beeinflusst das Essverhalten.</p>
	<p>CDU und CSU haben auch die Bedeutung der Hauswirtschaft für die Gesundheitsvorsorge und -fürsorge im Blick. Wir wollen Kinder gesund aufwachsen lassen. Auch der Alltag von Kindern und Jugendlichen findet zunehmend in Räumen und vor dem Bildschirm statt. Zu den Folgen gehören Übergewicht und Fehlernährung sowie abnehmende motorische Fähigkeiten. Daher bringen CDU und CSU eine Offensive für gesundes Aufwachsen auf den Weg. Mit einem Bundesprogramm werden wir Länder und Träger von Bildungseinrichtungen dabei unterstützen, Ernährung und Bewegung systematisch in die Familienbildung sowie die Bildungs- und Erziehungspläne aufzunehmen. Gesunde Lebensführung soll ein eigenständiges Bildungsziel werden. Darüber hinaus wollen wir alle Vorsorgeuntersuchungen bis zum Jugendalter verbindlich in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufnehmen. Wir wollen die Nationale Diabetes-Strategie und den Nationalen Aktionsplan IN FORM im Bereich Familie, Kinderbetreuung und Schule weiter vorantreiben</p>
	<p>Wir GRÜNE wollen dies vor allem erreichen, indem wir den Stellenwert der Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen stärken. Dazu gehören auch Kompetenzen etwa im Bereich gesunde Ernährung und Selbstsorge. Auch bei älteren Menschen ist dies notwendig, damit sie so lange wie möglich im eigenen Zuhause leben können.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten wollen das Präventionsgesetz reformieren. Wir wollen Kindern und Jugendlichen bereits in Kindergärten, Schulen und in der Ausbildung einen gesunden Lebensstil vermitteln und damit die Verhütung von Krankheiten ermöglichen. Im Sinne eines lebenslangen Gesundheitslernens sollen aber auch Erwachsene entsprechende Informationen erhalten können. Der Prävention, Krankheitsfrüherkennung und Gesundheitsförderung kommen eine wichtige Bedeutung zu, die nicht nur das Gesundheitswesen umfasst, sondern altersunabhängig die gesamte Gesellschaft.</p>

**DIE LINKE.**

In neueren Wohnformen wie Hausgemeinschaften oder ambulant betreuten Wohngemeinschaften können Fachkräfte der Hauswirtschaft in der Altenpflege alltagsgestaltend wirken und Pflegekräfte entlasten. Das betrifft insbesondere Unterstützung für Mobilität und Ernährung und muss in die Personalbemessung qualitativ wie quantitativ einfließen. Wir wollen dafür reguläre Beschäftigung und gleiche Rechte auch für Beschäftigte in Privathaushalten, insbesondere für mobile Kräfte aus dem Ausland. Arbeit in Privathaushalten (u. a. Reinigung, Pflege, Kinderbetreuung) soll vor allem über zertifizierte Agenturen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisiert werden. Sie müssen Tarifverträge, unbefristete Beschäftigung, das Recht auf eine vertragliche Mindeststundenzahl, Arbeitsschutz und Weiterbildung für Beschäftigte garantieren.

### **Warum setzt sich der Hauswirtschaft dafür ein die Bedeutung der Hauswirtschaft in der Gesundheitsvorsorge und -fürsorge zu stärken?**






Für uns ist Gesundheit ein dynamischer Zustand des Wohlbefindens (well-being), der von Geburt an lebenslang zu fördern und zu unterstützen ist. (WHO/Klaus Hurrelmann, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, <https://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/gesundheit/>, aufgerufen am 12.08.2021). In der Verknüpfung der Handlungskonzepte der Hauswirtschaftlichen Betreuung mit der Hauswirtschaftlichen Versorgung verfügt die Hauswirtschaft über ein differenziertes Kompetenzspektrum. Kompetenzen der persönlichen Daseinsvorsorge, Sicherung der Teilhabe sowie Förderung der Selbstwirksamkeit sind in der Gesundheitsförderung die Ansatzpunkte Hauswirtschaftlichen Handelns. (Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft 2021): Professionelles Hauswirtschaftliches Handeln. Definition Wirkungen Kennzeichen, Rheine)

Mit dem Handlungskonzept der Hauswirtschaftlichen Versorgung:

- Gesundheitsfördernde Verpflegungskonzepte und diätetische Angebote bei ernährungsbedingten und ernährungsabhängigen Krankheiten
- Sicherung der Umfeldhygiene in Wohn- und Lebensräumen, zur sicheren Verarbeitung und dem sicheren Umgang mit Lebensmitteln in der Versorgung mit Speisen und Getränken sowie zur gesicherten Reinigung und Pflege von Wäsche und Kleidung
- Sicherung der Basishygiene und der Umfeldhygiene bei Infektionsgeschehen und Krankheitsausbrüchen

Mit dem Handlungskonzept der Hauswirtschaftlichen Betreuung:

- Angebote zur Sicherung des Alltags älterer Menschen, von Menschen mit Behinderungen oder auch psychischen Erkrankungen
- Vermittlung und Förderung von Alltagskompetenzen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und als Grundlage für eine eigenständige Alltagsicherung und Lebensgestaltung im Erwachsenenalter.
- Evaluierten Konzepten wie z. B. HOT® - das HaushaltsOrganisationsTraining

<p><b>Wahl- prüfstein III</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass die <b>Hauswirtschaft als wichtige Kompetenzpartnerin der Pflege</b> bei einer Reform der Pflegeversicherung stärker bzw. explizit berücksichtigt wird.</p>
	<p>Bei Pflegebedürftigkeit wollen viele in der eigenen Wohnung bleiben. Dabei sind sie oft auf eine 24-Stunden-Pflege angewiesen. Dabei entsteht viel Rechtsunsicherheit zu den wechselseitigen Pflichten und Rechten. Wir werden bei der Pflege und der Hilfe im Alltag für rechtliche Klarheit sorgen. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf den ländlichen Raum legen. Wir werden im Rahmen eines Modellprojektes des Bundes Dienstleistungszentren (DLZ) in kleinen Städten und Gemeinden schaffen, in denen medizinische und haushaltsnahe Dienstleistungen vermittelt werden. Die DLZ erkennen darüber hinaus fehlende Angebote und schaffen in Kooperation mit dem sozialen Arbeitsmarkt und den vorhandenen Anbietern Abhilfe.</p>
	<p>Zu einer guten Pflege gehören die hauswirtschaftlichen Leistungen in den Pflegeeinrichtungen unbedingt dazu. Die hauswirtschaftliche Arbeit muss entsprechend entlohnt werden. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass bei weiteren Reformen in der Pflege auch die Rahmenbedingungen für die Hauswirtschaft einbezogen werden. (Antwort auf Wahlprüfstein III &amp; IV)</p>
	<p>Wer pflegebedürftig ist, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Dafür braucht es überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische und hauswirtschaftliche Angebote, die auf individuelle Bedürfnisse und biografischen Hintergründe der Pflegebedürftigen eingehen. Es sind mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen notwendig. Bei diesem Quartiersansatz ist eine multiprofessionelle Zusammenarbeit (u.a. Pflege, Sozialarbeit, Hauswirtschaft) zentral. Wir GRÜNE begrüßen, dass sich im Rahmen der Konzertierte(n) Aktion Pflege dem Thema gewidmet wurde, wie z.B. mit anerkannten Fortbildungen, Hauswirtschaftler*innen pflegerische Kenntnisse (Krankheitsbilder, Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Profession) erlangen können, um gemeinsam mit Pflegekräften im Bereich „Hilfen bei der Haushaltsführung“ (§ 36 SGB XI) zu arbeiten. Wir setzen uns dafür ein, diese Arbeit fortzusetzen.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten fordern die Einführung des Liberalen Pflegebudgets. Jede Person soll selbst entscheiden können, welche Hilfe und Leistungen bei der Gestaltung des Alltags am besten sind. Dazu wollen wir alle Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Pflegebudget überführen, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann.</p>
	<p>Für hauswirtschaftliche Leistungen gibt es bislang im Pflegeversicherungsrecht keine Fachkraftanforderungen, Qualitäts- und Qualifikationsvorgaben. DIE LINKE will das ändern mit dem Ziel, die Teilhabeorientierung in der Pflege zu stärken. In den Maßstäben zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität (§ 113), in den Rahmenverträgen (§ 75) und in der Zulassung von Diensten (§ 45a Angebote zur Unterstützung im Alltag) könnten im SGB XI Anforderungen für nichtpflegerisches Personal geregelt werden. Wir setzen uns auch für eine Umsetzung des Rahmen-Curriculums zur Qualifizierung für haushaltsnahe Dienstleistungen ein. Eine weitere Aufspaltung der Versorgung in Pflege-, Betreuungs- und Hauswirtschaftsleistungen sieht DIE LINKE jedoch kritisch.</p>





## **Warum setzt sich der Deutsche Hauswirtschaft dafür ein, dass die Hauswirtschaft als wichtige Kompetenzpartnerin der Pflege berücksichtigt wird?**

Die Leistungserbringung in den unterschiedlichen Settings der Pflege erfolgt immer in interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Hauswirtschaft, Pflege und Sozialer Betreuung. In der Betrachtung verschiedener Settings in der Pflege wie z. B.: Stationäre Pflegeeinrichtungen Wohngruppenkonzept, stationäre Pflegeeinrichtungen Hausgemeinschaftskonzept, ambulant Betreute Wohngemeinschaften, häusliche Pflegehilfe nach § 36 und Entlastungsleistungen nach § 45 a SGB XI, werden nicht die unterschiedlichen Kompetenzprofile deutlich, mit denen sich die verschiedenen Berufsgruppen einbringen.

Während die pflegerischen Leistungen in allen Settings einer Systematik folgen, verändern sich die Anforderungen an hauswirtschaftliche Leistungen. Sie differenzieren sich nach Setting. Der Leistungsbedarf weitet sich aus, je weniger institutionalisiert die Versorgung von Bewohner\*innen bzw. pflege- und unterstützungsbedürftigen Menschen in der eigenen Häuslichkeit organisiert ist. (Deutscher Hauswirtschaftsrat, Deutscher Pflegerat (2020): Anforderungen, Leistungen und Qualifikationen von Hauswirtschaft und Pflege in unterschiedlichen Settings, Berlin)

Das Ziel professionellen Hauswirtschaftlichen Handelns ist die Sicherung der privaten Daseinsvorsorge in seinen Wohn- und Lebensräumen im Hinblick auf Ernährung und Gesundheit, Reinigung und Hygiene, Versorgung mit Wäsche und Bekleidung im Alltag und bei Festen und Feiern. Die dazu notwendigen Leistungen werden als Versorgungsleistungen (Hauswirtschaftliche Versorgung) und als alltagsintegrierte Förderung und Aktivierung (Hauswirtschaftliche Betreuung) erbracht.

Mit dem Begriff Kompetenzpartnerschaft macht die Hauswirtschaft deutlich, dass sie „auf Augenhöhe“ mit Pflege und der Sozialen Betreuung, einen wichtigen Teil der Versorgungs- und Betreuungsleistungen in der Altenhilfe erbringt, die nur in einem gut aufeinander abgestimmten Zusammenspiel die mit dem SGB XI angestrebten Wirkungen entfalten können (§2 Selbstbestimmung SGB XI).

<p><b>Wahlprüfstein IV</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezahlung der Mitarbeiter*innen der <b>Hauswirtschaft in die Tarifverpflichtung</b> für die Anerkennung von Pflegeeinrichtungen einbezogen wird.</p>
	<p>Die SPD hat intensiv das Ziel verfolgt, in der Pflege einen Tarifvertrag allgemein verbindlich zu erklären. Dies war zunächst durch die ablehnende Haltung der kirchlichen Träger gescheitert. Unser Ziel sind aber weiterhin allgemeinverbindliche Branchentarifverträge. Wir werden die grundsätzlich die Möglichkeiten, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, erleichtern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir auf mindestens 12 Euro erhöhen.</p>
	<p>Zu einer guten Pflege gehören die hauswirtschaftlichen Leistungen in den Pflegeeinrichtungen unbedingt dazu. Die hauswirtschaftliche Arbeit muss entsprechend entlohnt werden. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass bei weiteren Reformen in der Pflege auch die Rahmenbedingungen für die Hauswirtschaft einbezogen werden. (Antwort auf Wahlprüfstein III &amp; IV)</p>
	<p>Inhaltlich teilen wir GRÜNE ihr Anliegen, dass alle Beschäftigungsgruppen in Pflegeeinrichtungen nach Tarifvertrag bezahlt werden sollten. Wir hoffen, dass die im Juni 2021 ins Sozialgesetzbuch XI eingefügte Verpflichtung, Arbeitnehmer*innen im Pflege- und Betreuungsbereich nach Tarif zu bezahlen, einen Impuls setzt, dies auch bei allen weiteren Beschäftigte zu tun. Die im SGB XI geregelte Pflegeversicherung übernimmt im stationären Bereich ausschließlich pflegerische Leistungen. Unterkunft und Verpflegung ist von den Pflegebedürftigen selbst zu finanzieren. Daher dürfte es über das SGB XI nicht möglich sein, für Bereiche die außerhalb der Zuständigkeit der Pflegeversicherung/dieses Gesetzes liegen, eine gesetzliche Verpflichtung zur tariflichen Bezahlung vorzuschreiben. Die für Pflege und Betreuung verabschiedeten Regeln sind allerdings löchrig, da das Gesetz das Schlupfloch Haustarife eröffnet. Dieses wollen wir GRÜNE schließen.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Tarifautonomie. Denn sie belässt die Verantwortung bei denen, die die Löhne erhalten oder bezahlen, und sorgt so für gerechte Lösungen. Durch die getroffene Tariftreuregelung sehen wir die grundgesetzlich gewährte Tarifautonomie und die negative Koalitionsfreiheit berührt.</p>
<p><b>DIE LINKE.</b></p>	<p>Die LINKE will grundsätzlich alle Beschäftigten einer Einrichtung nach Tarifvertrag bezahlen - und nicht nur ausgewählte Berufsgruppen sowie die Zulassung einer Pflegeeinrichtung daran binden. Allgemeinverbindliche tarifliche Bezahlung auf dem Niveau des TVöD darf nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Sachgrundlose Befristung wollen wir abschaffen, Minijobs in sozial voll abgesicherte Beschäftigung überführen und unfreiwillige Teilzeit ebenso beenden wie die Ausbeutung meist osteuropäischer Arbeitskräfte in der 24-Stunden-Pflege. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag muss für alle, auch aus dem Ausland entsendeten Beschäftigten gelten. Vorschläge, diese Tätigkeit durch arbeitnehmerähnliche Selbstständigkeit sozialversicherungspflichtig zu machen, lehnen wir ab. Um die Familien mit Pflegebedarf nicht weiter finanziell zu belasten, setzen wir die Solidarische Pflegevollversicherung um.</p>



## **Warum setzt sich der Deutsche Hauswirtschaftsrat dafür ein, dass die Bezahlung der Mitarbeiter\*innen der Hauswirtschaft in die Tarifverpflichtung für die Anerkennung von Pflegeeinrichtungen einbezogen wird?**




Ein Kernelement der Pflegeversicherungsreform 2021 ist die Bindung des Versorgungs-vertrags an die Anwendung eines Tarifs in der Entlohnung der Mitarbeiter\*innen. Ab dem 1. September 2022 können nur noch solche Anbieter mit der Pflegekasse abrechnen, die ihre Mitarbeiter\*innen nach Tarif entlohnen oder eine Vergütung in gleicher Höhe zahlen.


Das gilt konkret ab dem 1. September 2022:

- Nicht unmittelbar selbst tarifgebundene Pflegeeinrichtungen [= stationär /teil-stationär und ambulant] werden zur Entlohnung verpflichtet, die die in einem für die Pflegebranche geltenden Tarifvertrag bzw. in einer kirchlichen Arbeitsrechtsregelung geregelte Bezahlung nicht unterschreitet.
- Möglich ist dabei auch die Anwendung eines Tarifvertrags, der von mindestens einer anderen Pflegeeinrichtung in der Region angewendet wird und dessen zeitlicher und persönlicher Geltungsbereich eröffnet ist.

Bei den aktuellen Einschätzungen zur Umsetzung der Reform ist zu bedenken, dass für die Konkretisierungsschritte Grundlagen zu erstellen sind. Der Spitzenverband Bund der Pflegekassen erarbeitet bis Ende September Richtlinien zu Verfahrens- und Prüfungsgrundsätzen. Diese Richtlinien werden erst wirksam, wenn das Bundesgesundheits- und das Bundesarbeitsministerium sie genehmigen




Bisher ist noch unklar, ob sich die Tarifpflicht auf alle Berufsgruppen erstrecken wird (Hauswirtschaft, Pflege, Soziale Betreuung, Verwaltung usw.) und inwieweit Sub- und Fremdgesellschaften eingeschlossen sind.



<p><b>Wahl- prüfstein V</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass Empfehlungen des Zweiten Gleichstellungsberichts und der Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi zur <b>Erarbeitung einer zusammenhängenden Strategie zur Neubewertung und Aufwertung von der Hauswirtschaft im Rahmen der Sorge(SAHGE)-berufen</b> umgesetzt wird.</p>
	<p>Corona hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie groß in den sozialen Dienstleistungsberufen die Lücke zwischen Wert und Lohn ist. Es verdient große Anerkennung, dass immer mehr junge Menschen es sich vorstellen können, soziale Berufe zu ergreifen, Mädchen genauso wie Jungen - es sind Berufe mit Bedeutung und Zukunft. Hier entstehen die meisten Arbeitsplätze. In der Pflege wird enorme und gesellschaftlich wertvolle Arbeit geleistet. Wir wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Altenpflege und Pflege von Menschen mit Behinderung schnell verbessern. Unsere Ziele sind allgemeinverbindliche Branchentarifverträge. Wie werden über die Pflegemindestlohn-kommission eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen. Wir haben dafür gesorgt, dass Pflegeanbieter, die nach Tarif zahlen, diese auch von der Pflegeversicherung refinanziert bekommen. Nun werden wir im Umkehrschluss die Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden. Soziale Arbeit aufwerten heißt für uns auch, dass die Arbeits- und Stressbelastung gesenkt werden muss. Wir werden deshalb den Vorschlag eines neuen, bundesweiten und einheitlichen Personalbemessungsrahmens voranbringen. Pfleger*innen müssen sich beruflich weiterentwickeln können. Auch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird von gut ausgebildeten Fachkräften geleistet. Erzieher*innen, Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und Beschäftigte in der Jugendhilfe machen mit großem Engagement und viel Leidenschaft ihre Arbeit, doch auch hier fehlt es an Personal. Mit gezielten Impulsen zur Fachkräftesicherung werden wir die Länder beim weiteren Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützen.</p>
	<p>CDU und CSU wollen die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf verbessern. Dies gilt auch im Hinblick auf Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen. Wir wollen geschlechterspezifische Lohn- und Rentenlücken beseitigen. Für CDU und CSU gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und faire Bezahlung in sozialen Berufen muss selbstverständlich sein. Das ist auch ein Beitrag zum Abbau der Lohnungleichheit. Wir werden die Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes weiter evaluieren und es, falls nötig, überarbeiten (Antwort auf Wahlprüfstein V &amp; VI)</p>
	<p>Zumeist sind es Frauen, die in den sogenannten SAHGE-Berufen tätig sind. Die Arbeit, die in diesen Bereichen geleistet wird, verdient höchste Anerkennung und ist systemrelevant. Im Vordergrund steht für uns daher die eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen – von der Berufswahl bis zur Rente. Neben der partnerschaftlichen Aufteilung von Sorgearbeit sehen wir verbesserte Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung als Voraussetzungen dafür an, die SAHGE-Berufe aufzuwerten. Konkret wollen wir z.B. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. Zudem setzen wir GRÜNE uns für Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten ein (siehe auch Antwort auf Frage 6) und wollen die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Sorgetätigkeiten weiter verbessern.</p>

	<p>Die Sorgearbeit (SAHGE-Berufe) ist ein hoch anspruchsvolles Berufsfeld: empathisch und sozial, aber gleichzeitig zunehmend durch technologische Entwicklung geprägt. Deshalb wollen wir die Berufe in der Sorgearbeit aufwerten.</p> <p>Wir wollen Pflegefachkräften wieder mehr Zeit für Zuwendung ermöglichen – durch einen umfassenden Bürokratieabbau, bessere Arbeitsbedingungen und die Nutzung digitaler Potentiale im Pflegebereich. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Darum wollen wir von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird. Nur so können wir den Personalmangel an seinem Ursprung angreifen und mehr Personal in die Versorgung bringen. Wir setzen uns für die Übernahme von ärztlichen Tätigkeiten durch erfahrenes Pflegepersonal ein. An vielen Stellen ist das heute schon Realität. Wir wollen diese Kompetenzen dauerhaft und rechtssicher bei den Pflegefachkräften verankern. Die Substitution und Delegation von definierten ärztlichen Leistungen an Pflegefachkräfte, vor allem mit akademischer Ausbildung, soll unter sicheren Rechts- und Haftungsverhältnissen ermöglicht werden. Damit tragen wir der Situation im Arbeitsalltag Rechnung und werten den Beruf auf.</p> <p>Um die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken, schlagen wir vor, dass die Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur schulgeldfrei erfolgt, sondern auch vergütet wird. Qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten werten das Berufsbild von Erzieherinnen und Erziehern spürbar auf.</p>
<p><b>DIE LINKE.</b></p>	<p>Sorgearbeit ist das Fundament unserer demokratischen Gemeinschaft und muss als solches anerkannt und wertgeschätzt werden. DIE LINKE setzt sich daher für eine nachhaltige Reform der SAHGE Berufe ein. Aus- und Fortbildungen in den SAHGE Berufen müssen gebührenfrei sein und Arbeitsleistungen während der Ausbildung müssen vergütet werden. Bei der Weiterbildung sollen die Beschäftigten nach ihrem Grundberuf bezahlt werden. Des Weiteren fordern wir eine Stärkung der betrieblichen Gleichstellungsstrategien und ein verbindliches Gesetz zur Entgeltgleichheit, um so den Gender pay gap zu verringern. Dabei möchten wir staatliche Investitionen auch dem Sorgearbeitssektor zukommen lassen, denn nur mit einer staatlichen Absicherung dieser Berufe können wir sicherstellen, dass alle Menschen an diesen wichtigen sozialen Ressourcen teilhaben können.</p>

**Warum setzt sich der Deutsche Hauswirtschaftsrat dafür ein, dass Empfehlungen des Zweiten Gleichstellungsberichts und der Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi zur Erarbeitung einer zusammenhängenden Strategie zur Neubewertung und Aufwertung von der Hauswirtschaft im Rahmen der Sorge(SAHGE)-berufen umgesetzt wird?**

Bereits 2017 wurde im Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung die Erarbeitung einer zusammenhängenden Strategie zur Neubewertung und Aufwertung von Sorge(SAHGE)\*-berufen empfohlen, verbunden mit der Forderung, in dieses Marktsegment einen größeren Anteil des Bruttoinlandsprodukts zu investieren und einen neuen Produktivitätsbegriff zu entwickeln. Diese Forderung deckt sich mit dem SDG 8 der Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi, menschenwürdige Arbeit für alle und ein dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wachstum zu schaffen und das Portfolio an Indikatoren zur Wohlstandsmessung der bundesdeutschen Gesellschaft zu erweitern, aber auch mit dem SDG 10, soziale und geschlechterbezogene Ungleichheit zu verringern. Daher sind strukturpolitische Entscheidungen unabdingbar, denn im Dienstleistungssegment personaler Versorgung sind krisenfeste Arbeitsplätze zu finden, damit können ihrerseits volkswirtschaftlich relevante Wohlstandspotenziale durch Steuern und Sozialabgaben generiert werden. Einkommenssteigerungen sind notwendig, die Kluft zwischen den Branchen muss abgebaut werden. Die erwarteten Einkommenszuwächse in hauswirtschaftlichen Berufen, aber auch im Bereich Erziehung, Gesundheits- und Sozialwesen pro Arbeitskraft und Jahr fallen immer noch deutlich niedriger aus als in der Chemie-, Auto- und Elektroindustrie. Es ist deshalb frappierend, dass die Marktpotentiale für gute Arbeit in diesem wachsenden Dienstleistungssegment politisch nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit gefördert werden wie die Automobilindustrie (zuletzt durch die Förderprämie für Elektro- und Hybridfahrzeuge). Der Übergang in die wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft muss unseres Erachtens mit einer radikalen Neubewertung durch Abschied vom traditionellen deutschen Typus der Dienstleistungsarbeit verbunden werden. Dieser stützt sich bis heute auf das herkömmliche Geschlechterverhältnis mit der typischen Zuweisung der Haus- und generativen Sorgearbeit an Frauen sowie ihrer Niedriglohnbeschäftigung im personen- und haushaltsnahen Dienstleistungssektor (Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe 2017-2021)

<p><b>Wahl- prüfstein VI</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass <b>Konzepte zur Fachkräftesicherung der Hauswirtschaft im SAHGE-Segment</b> im Hinblick auf Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie für gute Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Löhne und Gehälter entwickelt werden, um eine pandemiefeste Volkswirtschaft zu schaffen.</p>
	<p>Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten. Wir wollen die Tarifbindung erhöhen. Prekäre Beschäftigung wollen wir weiter zurückdrängen. Insbesondere werden wir die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen. Gute Ausbildung ist die Voraussetzung für erfolgreiche Fachkräftesicherung. Wir setzen für eine Ausbildungsgarantie ein. Wir werden zudem unseren Weg fortsetzen, in den Berufen der Gesundheit, Pflege und Erziehung die vollschulischen Ausbildungen dual auszurichten. Damit werden sie kostenfrei und die Auszubildenden erhalten eine Vergütung. Einen besonderen Fokus setzen wir auf Weiterbildung und Qualifizierung. Wir werden ein Recht auf Weiterbildung schaffen. Mit unserem Modell der geförderten Bildungszeit und Bildungsteilzeit werden wir ermöglichen, dass alle Erwerbstätigen im Lauf ihres Erwerbslebens auf eigene Initiative und mit staatlicher Unterstützung unabhängig vom Betrieb sich weiterbilden oder umschulen können. Die Bildungszeiten werden wir mit einer finanziellen Förderung ausgestalten, die Lohneinbußen während der Weiterbildung oder Umschulung angemessen kompensiert – und zwar lange genug, um anerkannte Abschlüsse zu erwerben. Bei den Kosten für die Weiterbildungsmaßnahme werden wir diejenigen unterstützen, die die Mittel nicht oder nicht vollständig aus eigener Tasche aufbringen können.</p>
	<p>CDU und CSU wollen die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf verbessern. Dies gilt auch im Hinblick auf Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen. Wir wollen geschlechterspezifische Lohn- und Rentenlücken beseitigen. Für CDU und CSU gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und faire Bezahlung in sozialen Berufen muss selbstverständlich sein. Das ist auch ein Beitrag zum Abbau der Lohnungleichheit. Wir werden die Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes weiter evaluieren und es, falls nötig, überarbeiten (Antwort auf Wahlprüfstein V &amp; VI)</p>
	<p>Im Bereich der sozialen Berufe braucht es vor allem mehr Personal, bessere Löhne und mehr Zeit. Um attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, sind verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften, Abbau von Bürokratie, neue Arbeitszeitmodelle und gute Löhne, am besten über Tarifverträge notwendig. Nur so wird es gelingen, dass viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in diesen Berufen arbeiten. Wir schaffen außerdem ein Recht auf Weiterbildung, das Umorientierung und Aufstieg für alle möglich macht. Dieses Recht wird flankiert von einem Weiterbildungsgeld bzw. einem Weiterbildungs-BAföG während der Qualifizierung, von einem Freistellungsanspruch für Beschäftigte sowie regionalen Bildungsagenturen, die kompetent beraten und fördern.</p>





	<p>Zur Fachkräftesicherung sehen wir drei zentrale Stellschrauben: erstens, Steigerung der Attraktivität des Berufes, zweitens die Stärkung des dualen Systems der beruflichen Bildung und drittens eine verbesserte Fachkräftezuwanderung:</p> <p>Die Aufwertung sorgender Berufe ist für uns Freie Demokraten ein wichtiges Ziel. Wir wollen von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass diese Berufe attraktiver werden. Um den Arbeitsalltag zu erleichtern setzen wir Freie Demokraten auf Entbürokratisierung und digitale Anwendungen. Damit mehr vom verdienten Geld bleibt, wollen wir ganz gezielt kleine- und mittlere Einkommen steuerlich entlasten.</p> <p>Das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland trägt in Zeiten des demographischen Wandels zur Fachkräftesicherung bei. Wir wollen unser erfolgreiches berufliches Bildungssystem daher stärken und fit für die Zukunft machen. Wir fordern eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, um die Attraktivität und Innovationskraft der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu stärken. Um sich den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt zu stellen, braucht das System der beruflichen Bildung ein Update. Ein bundesweiter Exzellenzwettbewerb soll die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung mit hochrangigen Auszeichnungen und mehrjährigen Zuschüssen fördern. Zudem wollen wir den Talenten der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen. Neben einer finanziellen Unterstützung ist die Öffnung der ideellen Förderung für Stipendiatinnen und Stipendiaten aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Bedeutung. Durch eine Öffnung der Förderung schaffen wir attraktive Perspektiven für Talente aus der beruflichen Bildung.</p> <p>Uns Freien Demokraten ist bewusst, dass der Fachkräftemangel ohne Einwanderung in den Arbeitsmarkt nicht zu beheben ist. Deshalb wollen wir ein modernes Zwei-Säulen-System etablieren. Dieses besteht aus einer überarbeiteten „Blue Card“ als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nicht-akademische Fachkräfte geöffnet werden muss, und der Einführung einer Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um für Fachkräfte die Möglichkeit zu schaffen, auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen.</p>
	<p>DIE LINKE will insgesamt die betriebliche Mitbestimmung stärken und die Tarifbindung erhöhen. Beides bringt höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und trägt so zur Fachkräftesicherung bei. Tarifverträge auszuhandeln ist zwar Sache der Tarifparteien ("Tarifautonomie"). Doch der Staat kann Rahmenbedingungen setzen, die das Aushandeln von guten Tarifverträgen erleichtern - wie etwa die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsformen. Zudem wollen wir die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern. Zum anderen ist auch die Gründung von Betriebsräten insbesondere in kleinen, mittelständischen Unternehmen sowie in Filialbetrieben gesetzlich zu erleichtern und Initiatoren und Betriebsräte müssen besser vor mitbestimmungsfeindlichen Arbeitgebern geschützt werden. Dafür ist in Fällen von Union Busting bei erstmaligen Betriebsratswahlen die direkte Einsetzung von Betriebsräten durch das Arbeitsgericht zu ermöglichen.</p>

**Warum setzt sich der Deutsche Hauswirtschaftsrat dafür ein, dass Konzepte zur Fachkräftesicherung der Hauswirtschaft im SAHGE-Segment im Hinblick auf Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie für gute Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Löhne und Gehälter entwickelt werden, um eine pandemiefeste Volkswirtschaft zu schaffen?**

Die Anzahl der Ausbildungs- und Umschulungen im Beruf Hauswirtschafter\*in ist seit Jahren rückläufig. Waren es 1992 noch 4314 neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse (einschließlich Berufe in der Landwirtschaft) so waren es 2010 noch 1995 und 2018 nur noch 963 Ausbildungsverträge in der Bundesrepublik (BIBB 2021). Dem gegenüber steht ein stetig ansteigender Bedarf an Fachkräften in sozialen Einrichtungen, sowohl für Kinderbetreuungs- und Senioreneinrichtungen, als auch in Privathaushalten. Insbesondere in Privathaushalten liegt der geschätzte Anteil von Schwarzarbeit und Minijobs bei über 90 Prozent. Gründe liegen in der zu geringen Vergütung, sowie einer fehlenden Anerkennung und einem weitgehend unbekanntem Image des Berufs. Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig bspw. professionelle Hygienekenntnisse sind und die Möglichkeiten einer äußerst flexiblen Organisation von Versorgung und Betreuung, die nur die Hauswirtschaft mitbringt.

Darüber hinaus gibt es, wie in keinem anderen Beruf, eine große Heterogenität der prüfenden zuständigen Stellen, was eine nationale Strategie zur Fachkräftegewinnung und zum Ausbau von Qualifizierungsangeboten deutlich erschwert. Hauswirtschaft sollte in einem zuständigen Ministerium angesiedelt werden, statt wie bisher in vielen.

Der Markt benötigt sofort eine Qualifizierungs- und Umschulungsoffensive ähnlich wie die Pflege, die die Zahl ihrer Ausbildungen in den letzten Jahren jährlich um 10% steigern konnte. Hierzu sind gut koordinierte und gebündelte gemeinsame Anstrengungen im ganzen Bundesgebiet zu initiieren und zu finanzieren. Eine gesunde Versorgung der Bevölkerung in allen Lebenssituationen ist nicht möglich ohne professionelle Hauswirtschaft, diese braucht Unterstützung, Ausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie leistungsgerechte Löhne und Gehälter und eine Unterstützung ihrer Lobbyarbeit.

<p><b>Wahlprüfstein VII</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass bei allen Bildungseinrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Hochschulen) <b>Angebote des Erwerbs und Erhalts von Alltagskompetenzen durch Hauswirtschaft</b> mitgeplant werden.</p>
	<p>Wir wollen, dass in der schulischen Bildung stabile Anker gesetzt werden und Lesen, Rechnen, Schreiben als Basiskompetenzen stärken. Digitale Grundkompetenzen sollten gleichberechtigt als neue Basiskompetenz ergänzt werden. Daneben wollen wir den Raum öffnen für den fächerübergreifenden Kompetenzerwerb – also insbesondere auch den von Alltagskompetenzen - und das Denken in Zusammenhängen. Wir wollen das projekt- und kompetenzorientierte Lernen stärken und ihm deutlich mehr Raum geben. Dazu gehört auch miteinander zu vereinbaren, wo an anderer Stelle entschlackt werden kann.</p>
	<p>Ziel von CDU und CSU ist es, den Menschen eine gute und nachhaltige Ernährung zu ermöglichen. Dafür wollen wir insbesondere die Ernährungsbildung in allen Altersgruppen und Lernformen stärken und Bildungsangebote zu Alltagskompetenz und ausgewogene und nachhaltiger Ernährung fördern. Für die Lehrpläne sind die Länder zuständig, aber wir wollen sie bei der Entwicklung von Angeboten unterstützen. So haben wir bereits erfolgreich den sogenannten „Ernährungsführerschein“ als Angebot für die Grundschule entwickelt. Dabei wirken in der Regel Fachpersonen aus der Hauswirtschaft mit. Wir wollen in Zukunft auch auf digitale Angebote setzen, denn über Apps können Kinder zum Beispiel spielerisch Ernährungswissen erlangen. Im Rahmen der Außer-Haus-Verpflegung, bei „ToGo“-Produkten, Kochevents oder in Cooking-Spaces soll Wissen um nachhaltige gesunde Ernährung vermittelt und den Menschen, insbesondere jungen Menschen, regionales saisonales Essen (wieder) schmackhaft gemacht werden. Bildung für eine gesunde Ernährung, Wertschätzung von Lebensmitteln und nachhaltiges Handeln im Alltag gehören für uns untrennbar zusammen. Dabei haben CDU und CSU auch die wichtige Bedeutung der Hauswirtschaft mit im Fokus und beziehen ihre Fachkompetenz in die Projekte an Kitas, Schulen und Hochschulen mit ein</p>
	<p>Auf die Wahlprüfstein VII haben Bündnis 90/Die Grünen nicht geantwortet. Sollte die Antwort zu diesem Wahlprüfstein noch nachgereicht werden, so wird dieses Dokument aktualisiert und auf der Website zur Verfügung gestellt.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung stärken. Dafür müssen sich Bund und Länder auf ambitionierte gemeinsame Standards für Betreuungsschlüssel und frühkindliche Bildungsinhalte verständigen. In der Beruflichen Bildung streben wir eine Exzellenzinitiative und für die Hochschullehre eine Qualitätsoffensive an. Damit wollen wir eine bessere Vermittlung von Praxisnähe und Alltagskompetenz in allen Bildungseinrichtungen stärken.</p>



**DIE LINKE.**

Zu einer modernen Bildung gehören für uns polytechnische Bildung und die Förderung von Kreativität als durchgängige Bestandteile allgemeiner Bildung in der Schule gleichermaßen. Polytechnische Bildung soll dazu beitragen, dass das in der Schule zu Lernende möglichst konkret an der Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen anknüpft, Lerninhalte aus unterschiedlichen Fächern zusammenführt und mit Erfahrungen aus der Arbeitswelt verbindet. Polytechnische Bildung kann hierbei auch den Erwerb von Alltagskompetenzen durch hauswirtschaftliche Bildung beinhalten. Beispielsweise sollte die Kita- und Schulverpflegung fächerübergreifend mit dem Erziehungs- und Lernalltag verknüpft werden. So können Kinder die Herkunft und Zusammensetzung der Lebensmittel kennenlernen und bei der Zubereitung der Mahlzeiten mitmachen.

**Warum setzt sich der Deutsche Hauswirtschaftsrat dafür ein, dass bei allen Bildungseinrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Hochschulen) Angebote des Erwerbs und Erhalts von Alltagskompetenzen durch Hauswirtschaft mitgeplant werden?**

Der Ausbau von Ganztageseinrichtungen für Kinder und Grundschüler ist beschlossen. Diese benötigen damit verstärkt gute Mahlzeiten, Essen und Trinken. Darüber hinaus brauchen Kinder aber auch Möglichkeiten Alltagskompetenzen zu erwerben. Das Wissen dazu ist bei Jugendlichen und jungen Familien seit Jahren rückläufig. Um diesen sehr wichtigen Kompetenzbereich zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass in Kita und Schule hauswirtschaftliche Themen verstärkt aufgenommen werden: gesunde Ernährung, nachhaltiges Einkaufen, Umgang mit Geld und Alltagsgestaltung. Nachhaltiges Verhalten im Alltag muss gelernt werden, private Haushalte sind ein viel zu bedeutender Faktor beim Verbrauch von Ressourcen. Deshalb müssen hauswirtschaftliche Kompetenzen wieder vermittelt werden, was kompetente Lehrkräfte oder Hauswirtschafterinnen erforderlich macht.

Die Ausbildung zur Fachkraft Hauswirtschaft muss gefördert und attraktiver werden. Die Berufsausbildung zur Fachkraft in der Hauswirtschaft ist die klassische duale Ausbildung zur Hauswirtschafter\*in. Die Anzahl der Auszubildenden ist in den letzten Jahren dramatisch gesunken trotz des sehr großen Fachkräftemangels.

Der Abbau der Oecotrophologie an Hochschulen und Universitäten muss gestoppt werden. Es besteht ein großer Forschungsbedarf zu Themen der nachhaltigen hauswirtschaftlichen Wirtschaftsweise in sozialen Einrichtungen, zu Möglichkeiten des Aufbaus von haushaltsnahen Dienstleistungen für Familien, zu Unterstützungsmöglichkeiten der Pflege durch die Hauswirtschaft. Hauswirtschaft muss daher wieder ein akademisches Fach werden, damit die Praxis von der Theorie lernen kann.